



IHK BERL,1

Arbeitsprogramm 2018 für die Berliner Wirtschaft

Arbeitsprogramm 2018

Inhaltsverzeichnis:

I. Regionale Wirtschaftspolitik	3
Schwerpunkte der Vollversammlung.....	3
Ziel: Die Berliner Wirtschaft wächst mit Hilfe wirtschaftsfreundlicher Standortbedingungen stärker als der Bund.....	3
Ziel: Ehrbare Kaufleute als Vorbild: Für die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung in Unternehmen werben	4
Ziel: Berlin wird Europas wirtschaftlich erfolgreichster Gründungsstandort.	5
Ziel: In Berlin scheidet die Umsetzung von unternehmerischen Ideen und Wachstumsstrategien nicht mehr an schlechten Finanzierungsbedingungen.....	6
II. Infrastruktur und Stadtentwicklung	7
Schwerpunkte der Vollversammlung.....	7
Ziel: Berlin steigert die Leistungsfähigkeit seiner Infrastruktur und verbessert die Professionalität der Planung und Realisierung (Zeit- und Kostenansatz) neuer Bauprojekte.	8
Ziel: Berlin hat in allen Bezirken profilierte und wirtschaftsstarke Stadtquartiere, Gewerbe- und Industriestandorte mit ausreichenden nutzbaren Flächen und größeren Handlungsspielraum für mehr Innovation und wirtschaftliches Wachstum.	8
Ziel: Die Berliner Bauleitplanung und Städtebauförderung ist transparent, ausgewogen und verlässlich, um Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen zu erhöhen und auch den Bestand zu sichern.	9
Ziel: Berlin ist Pilotstadt für angewendete und wirtschaftlich erfolgreiche Smart Solutions - mitgestaltet durch die Bürgerschaft.....	10
III. Haushalt und Wettbewerb	11
Schwerpunkte der Vollversammlung.....	11
Ziel: Vereinfachung des Steuerrechts und Verhinderung von Steuererhöhungen entlastet die Unternehmen.	11
Ziel: Die Unternehmerische Freiheit wächst wieder.....	12
Ziel: Der positive Finanzierungssaldo im Berliner Haushalt steigt.	13
IV. Standortfaktor Verwaltung.....	14
Schwerpunkte der Vollversammlung.....	14
Ziel: Die Berliner Verwaltung entwickelt sich strukturell, personell und prozessual zu einem modernen und effizienten Servicedienstleister für die Stadt.....	14
V. Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt	16
Schwerpunkte der Vollversammlung.....	16
Ziel: Berlin wird Deutschlands attraktivste Ausbildungsregion.....	16
Ziel: Den Berliner Unternehmen gelingt die Fachkräftesicherung.....	17
Ziel: Der Berliner Arbeitsmarkt ist der Top-Jobgenerator der Republik, es entstehen mehr Arbeitsplätze als im Bundesländervergleich.	18
Ziel: Berliner Unternehmen und Fachkräfte nutzen die berufliche Weiterbildung verstärkt als strategisches Entwicklungsinstrument.	19

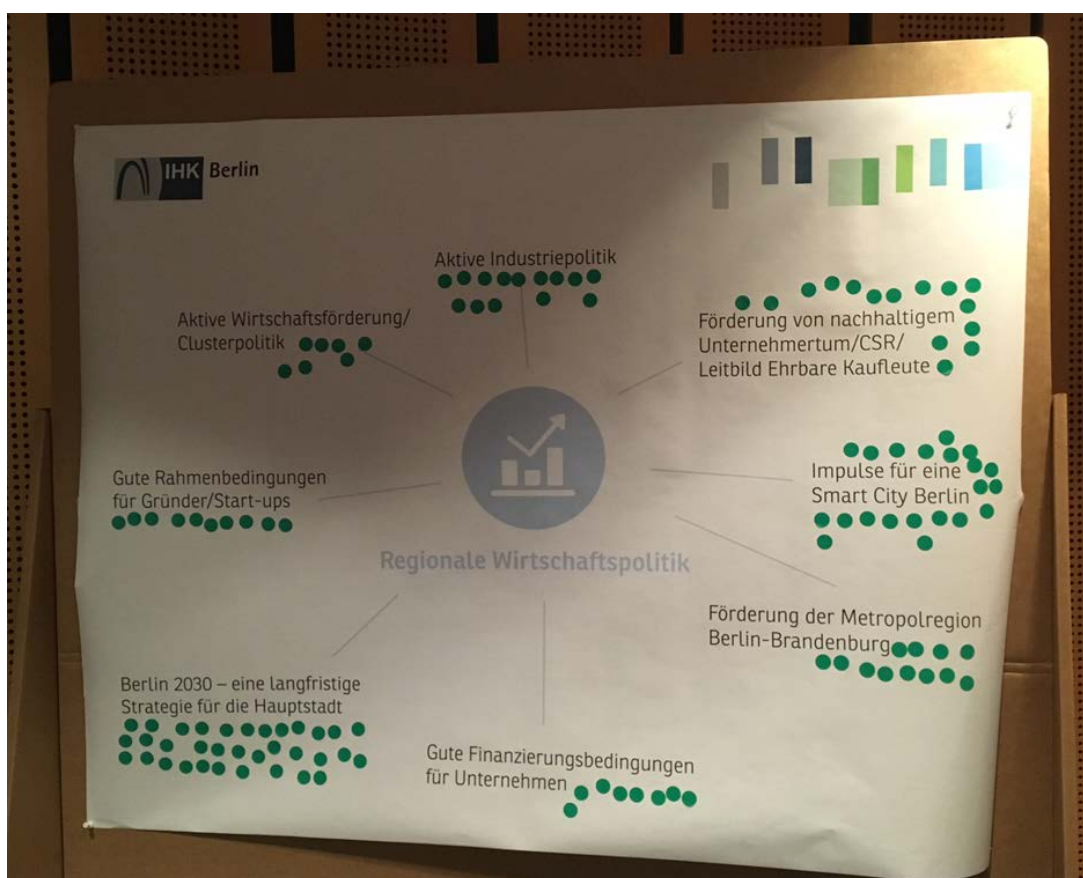
VI. Innovation, Technologie und Wissenschaft	20
Schwerpunkte der Vollversammlung.....	20
Ziel: Berlin wird zur Modellstadt, was die Umsetzung innovativer Ideen in marktreife Produkte und Verfahren anbelangt.	20
VII. Umwelt und Ressourcen	22
Schwerpunkte der Vollversammlung.....	22
Ziel: Berlin ist Deutschlands Modellstadt für umweltfreundliches Wirtschaften und eine wirtschaftsfreundliche Umweltgesetzgebung.....	23
Ziel: Berlin wird Deutschlands Schrittmacher einer marktwirtschaftlichen Energiewende. .	24
VIII. Internationalisierung der Berliner Wirtschaft	26
Schwerpunkte der Vollversammlung.....	26
Ziel: Die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft nimmt jährlich zu.	26

I. Regionale Wirtschaftspolitik

Schwerpunkte der Vollversammlung

Das Votum der Gremienmitglieder fiel klar zugunsten einer regionalen Wirtschaftspolitik mit strategischer und langfristiger Schwerpunktsetzung aus. Die Gremien wünschen sich, dass die Megatrends der Metropolenentwicklung bearbeitet werden. Dabei handelt es sich vor allem um Themen, die sich unter den Begriffen

- ① „Berlin 2030 – eine langfristige Strategie für die Hauptstadt“ – zur Vertiefung an den Ausschuss Wirtschaftspolitik verwiesen – und
- ② Smart City Berlin – zur Vertiefung an den Ausschuss Wirtschaftspolitik und zur Mitberatung an die Branchenausschüsse Digitale Wirtschaft, Kreativwirtschaft sowie Tourismus verwiesen – subsumieren lassen.



Ziel: Die Berliner Wirtschaft wächst mit Hilfe wirtschaftsfreundlicher Standortbedingungen stärker als der Bund.

Unternehmer treffen die besten Entscheidungen, wenn sie die Struktur ihres Wirtschaftsstandortes sowie konjunkturelle und branchenspezifische Entwicklungen frühzeitig kennen. Auch die Politik und Verwaltung benötigen dieses Wissen, um die richtigen Weichen für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort zu stellen.

Die IHK Berlin gibt hierzu wichtige Impulse, indem sie wirtschaftsrelevante Informationen zur Verfügung stellt, interpretiert und in unterschiedlichsten Formaten (z. B. Gespräche, Veranstaltungen, Publikationen, Netzwerke, Öffentlichkeitsarbeit) an die Berliner Unternehmen sowie Politik und Verwaltung weitergibt. Sie identifiziert Wachstumskerne und Branchenentwicklungen in der Stadt und führt Standortanalysen und -studien durch.

Die IHK Berlin nutzt dieses Wissen gegenüber der Politik, Verwaltung und am Wirtschaftsleben Berlins beteiligten Institutionen und gibt konkrete Handlungsempfehlungen für die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen (z. B. konsequente Umsetzung der Berliner Clusterpolitik, Digitalisierung) ab. Sie arbeitet mit allen wirtschaftspolitischen Partnern zusammen, um diese umzusetzen.

Maßnahmen

- Aus der Studie „Berlin 2030“ Handlungsfelder ableiten, formulieren und gegenüber der Politik adressieren; in 2018 insbesondere durch die Vorbereitung und Gestaltung des „Berlin Forums“ mit der Stiftung Zukunft Berlin (zu ①)
- Berliner Industriepolitik kritisch begleiten, mit dem Ziel, eine aktive und moderne Industriepolitik einzufordern; in 2018 insbesondere die Neuausrichtung und Umsetzung des Masterplans sowie die strukturelle Weiterentwicklung des SKIP vorantreiben und die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für die IHK-Unternehmen aus der Industrie unterstützen (zu ①)
- Zusammenarbeit Berlins und Brandenburgs im Rahmen der Metropolregion auswerten, Verbesserungsvorschläge weiter ausarbeiten und politisch kommunizieren mit dem Ziel, effiziente Strukturen für die gemeinsame Entwicklung der Metropolregion zu verbessern oder zu etablieren
- Die Ausrichtung der Cluster- und Branchenpolitik durch Mitarbeit in den relevanten Gremien und politische Positionierung im Sinne des wirtschaftlichen Gesamtinteresses mitgestalten
- Begleitung gesundheitspolitischer Regulierungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene und Umsetzung des Masterplans Gesundheitswirtschaft Berlin-Brandenburg im Sinne der Unternehmen
- Politische Begleitung der Branchen, Gastronomie und Tourismus; in 2018 unter anderem mit einer Positionierung zur Verwendung der Einnahmen aus der City Tax
- Begleitung bei der Umsetzung des Masterplans für das Cluster „IKT-, Medien- und Kreativwirtschaft“ mit dem Ziel, Handlungsempfehlungen der IHK-Unternehmen in diesem zu verankern; in 2018 mit einem Fokus auf die Neuauflage des Kreativwirtschaftsberichts
- Arbeit des Clusters Verkehr/Mobilität/Logistik auf die praktischen Interessen der Unternehmen lenken
- Umsetzung des neuen Sportentwicklungskonzepts des Senats kritisch begleiten
- Konjunkturdaten erheben und veröffentlichen, Handlungsempfehlungen für Akteure ableiten, Umsetzung überprüfen („monitoren“)
- Wirtschaftliche und demografische Entwicklung in Berlin-Brandenburg analysieren und verbessern
- Wirtschaftliche Situation Berlins darstellen, interpretieren und veröffentlichen (in verschiedenen Formaten, z. B. "Berlin im Blick", "Berliner Wirtschaft in Zahlen")
- Interessen der Berliner Wirtschaft im Erstellungsprozess der Europapolitischen sowie Wirtschaftspolitischen Positionen beim DIHK einbringen

Ziel: Ehrbare Kaufleute als Vorbild: Für die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung in Unternehmen werben

Nachhaltiges unternehmerisches Engagement ist ein Wachstumstreiber und bietet Handlungsspielräume, um auf veränderte Anforderungen betriebswirtschaftlich zu reagieren. Das Engagement kann dabei im Rahmen einer Corporate-Responsibility-Strategie als Managementmethode erfolgen oder im Selbstverständnis „Ehrbarer Kaufleute“ von der Unternehmerpersönlichkeit getragen werden. Unternehmerisches Engagement bietet Möglichkeiten, sich am Markt abzugrenzen und sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Politisch setzen wir uns dafür ein, dass der freiwillige Charakter von Corporate-Responsibility-Maßnahmen gewahrt bleibt.

Mit der „Wahrung von Anstand und Sitte eines ehrbaren Kaufmannes“ hat die IHK-Organisation durch §1 IHK-Gesetz den Auftrag, ein wertegeleitetes und nachhaltiges Unternehmertum zu unterstützen. Die IHK Berlin unterstützt, informiert und fördert deshalb den Austausch von Unternehmen mit Veranstaltungen, Publikationen und Netzwerkarbeit.

Mit der CSR-Sprecherin wurde eine Institution geschaffen, die die Bedeutung des Themas in die Öffentlichkeit trägt.

Maßnahmen

- Handlungsempfehlungen an die Politik formulieren und adressieren, um der Berliner Wirtschaft gesellschaftliches Engagement zu erleichtern
- Leitbild der Ehrbaren Kaufleute in der Berliner Unternehmerschaft etablieren; in 2018 unter anderem mit geeigneten neuen Formaten für den unternehmerischen Austausch zur Frage der Corporate Responsibility
- Rechts- und Steuerauskünfte erteilen, damit sich unsere Mitglieder wettbewerbskonform verhalten können; in 2018 insbesondere den digitalen Beratungsangebot ausweiten, sowie Unternehmen bei rechtlichen Aspekten bezüglich der Markteinführung neuer Produkte unterstützen
- Gewerbeuntersagungsverfahren rechtssicher durchführen
- Verfahren der öffentlichen Bestellung von Sachverständigen rechtssicher durchführen
- Qualifizierte Benennungen gegenüber Gerichten, Verwaltung und Wirtschaft
- Modernisierung und Digitalisierung des Sachverständigenwesens fördern

Ziel: Berlin wird Europas wirtschaftlich erfolgreichster Gründungsstandort.

Berlin verteidigt seit Jahren den Titel der Gründerhauptstadt Deutschlands. Dieser „Titel“ ist nur dann etwas wert, wenn die Gründungen in der Hauptstadt nachhaltig wirtschaftlich erfolgreich sind, d.h. nach der Gründung wachsen und so einen Mehrwert für die Berliner Wirtschaft schaffen.

Für beides, Gründung und Wachstum, benötigen Unternehmer Auskünfte vor allem zum formellen Gründungsprozess, zu Förderinstrumenten und Netzwerken. Die IHK Berlin wird hier mit Informationen und Beratung Orientierung geben.

Gleichzeitig setzt die IHK Berlin Impulse zur gezielten Verbesserung des Berliner Gründungsökosystems, um insbesondere im internationalen Vergleich das Gründungsgeschehen weiter zu stärken. Dabei messen wir uns mit London und Tel Aviv, fokussieren uns jedoch gleichzeitig darauf, die Einzigartigkeit des Berliner Ökosystems herauszuarbeiten und zu unterstützen. Hierfür kann die IHK Berlin im Interesse der Unternehmen eigene Angebote entwickeln oder die Umsetzung von Vorschlägen bei Partnern, Verwaltung und Politik fordern.

Die Dienstleistungen der IHK Berlin zur Unterstützung im Gründungsprozess richten sich sowohl an klassische Gründer als auch an Start-ups.

Maßnahmen

- Selbstständigkeit als Teil der Berufsorientierung etablieren; in 2018 insbesondere Gründergeist an Schulen mit der Initiative „Ich mach mich selbständig“ fördern (zu 8)
- Gründer und werdende Start-ups durch Informationen, Netzwerkveranstaltungen und Gründerinitiativen aktiv unterstützen
- Mit Stakeholdern der Gründerszene (z.B. Startup-Unit) vernetzen, um Standortbedingungen für Gründer zu verbessern (z.B. Vereinfachung der öffentlichen Förderung sowie Verbesserung bei Wagniskapitalfinanzierung)
- Unternehmen bei Fragen zum Handels- und Gesellschaftsrecht informieren und bei der Eintragung ins Handelsregister unterstützen.

- Partnering-Angebote ausbauen, um etablierte Wirtschaft mit Start-ups besser zu vernetzen
- Unternehmen bei ausländerrechtlichen Fragestellungen unterstützen
- Willkommenskultur für Berlin verbessern (z.B. Herausarbeiten der Pain Points, Entwicklung einer digitalen Lösung als "Fahrplan" im Ankommensprozess, Koordinierung/Kooperation anderer wichtiger Institutionen im Ankommensprozess in Berlin)
- Weitere Anpassung des IHK-Angebotsportfolios im Nachfolgeprozess und dessen zielgruppengerechte Vermarktung

Ziel: In Berlin scheitert die Umsetzung von unternehmerischen Ideen und Wachstumsstrategien nicht mehr an schlechten Finanzierungsbedingungen.

Um innovative Ideen reifen zu lassen und auch weiterzuentwickeln und um Gründungs- und Wachstumspotenziale zu nutzen, brauchen Unternehmen im richtigen Augenblick die passenden finanziellen Mittel. Innovationsbereitschaft, Kreativität und Wachstumsimpulse dürfen nicht an fehlenden Mitteln und mangelnden Anreizen scheitern. Dafür wird die IHK das Angebot am Markt analysieren, Lücken in der Bedarfsdeckung für Berliner Unternehmen identifizieren und gemeinsam mit potenziellen privaten und öffentlichen Kapitalgebern an Lösungen arbeiten. Gegenüber Fördermittelgebern vertritt die IHK Berlin die Interessen ihrer Mitglieder.

Grundsätzlich setzt sich die IHK Berlin dafür ein, dass Förderung und Finanzierung an der Gesamtentwicklung des Wirtschaftsstandorts Berlin ausgerichtet sind; dauerhafte Subventionen und Förderung mit der Gießkanne müssen vermieden werden. Wir wollen, dass alle Unternehmen mit einem optimalen Angebot, einem leichten Zugang und transparenten Verfahren der kürzeste Weg zur passenden Finanzierung offen steht.

Maßnahmen

- Rahmenbedingungen für Finanzierung durch Stellungnahmen und Gremienarbeit mitgestalten; in 2018 insbesondere einen Diskurs zur sich perspektivisch ändernden EU-Förderlandschaft in der Berliner Politik anstoßen
- Wirtschaftsförderung, Fördermittelvergabe und -verteilung von sachfremden Kriterien freihalten
- Ausschöpfungsgrad der Förderprogramme beobachten und ggf. eine Umschichtung bzw. aktive Vermarktung vorantreiben
- Berliner Wirtschaft durch Stellungnahmen gegenüber Fördermittelgebern unterstützen
- Gezielte Informationsbereitstellung zu Finanzierung und Förderung (Gespräche, Veranstaltungen, Internet, FinFin...)

II. Infrastruktur und Stadtentwicklung

Schwerpunkte der Vollversammlung

Bei den infrastrukturellen und Stadtentwicklungsthemen entschieden sich die Gremienmitglieder deutlich für die drängenden Themen einer –

③ leistungsfähigen Infrastrukturpolitik - zur Vertiefung an den Ausschuss Stadtentwicklung und Infrastruktur und zur Mitberatung an die Branchenausschüsse Gesundheitswirtschaft, Digitale Wirtschaft, Mobilität und Entsorgung, Handel und Tourismus verwiesen – sowie eines

④ beschleunigten Wohnungsbaus unter Berücksichtigung der Gewerbeflächenentwicklung – zur Vertiefung an den Ausschuss Stadtentwicklung und Infrastruktur und zur Mitberatung an den Branchenausschuss Bau- und Immobilienwirtschaft verwiesen.

Diese beiden Themenkomplexe spiegeln somit auch die großen Handlungsfelder angesichts des allgemeinen Wachstums wider. Es wird deutlich, wie sehr die Wirtschaft auf eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur sowie ein ausreichendes Angebot an Wohnungen und Industrie- und Gewerbeflächen angewiesen ist. Zur Lösung dieser Probleme kann maßgeblich das Engagement für eine wirtschafts- und investorenfreundliche Bau- und Planungspolitik beitragen.



Ziel: Berlin steigert die Leistungsfähigkeit seiner Infrastruktur und verbessert die Professionalität der Planung und Realisierung (Zeit- und Kostenansatz) neuer Bauprojekte.

Zuzug und Wirtschaftswachstum bedeuten in den nächsten Jahren steigende Wohnraum- und Verkehrsnachfrage. Dies bedarf zügig und realistisch geplanter Lösungen im Hochbau (z.B. Wohnungen) und im Tiefbau (z.B. Straßen und Brücken, Schienenverbindungen).

Die IHK Berlin wird durch Veranstaltungen, Positionspapiere, in Gremien und weiterer politischer Lobbyarbeit die Umsetzung regionaler, überregionaler und internationaler Verkehrsprojekte im Personennah- und Fahrradverkehr, im Straßen-, Schienen- und Wasserstraßennetz sowie beim Ausbau des Flughafenstandortes vorantreiben und sich für die Qualifizierung der Verkehrsorganisation einsetzen. Bei der Entwicklung des Tourismusstandortes, von bestehenden und neuen Wohnquartiere sowie stadtpprägender Standorte wird sich die IHK Berlin für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen einsetzen.

Vor dem Hintergrund einer immer stärkeren Verflechtung wirtschaftlicher Aktivitäten wird sich die IHK Berlin grenzüberschreitenden Standortkooperationen wie der Kammerunion Elbe Oder engagieren, um die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Verkehrsprojekten zu verbessern.

Maßnahmen

- Vorschläge für wirtschaftsfreundliches Baunebenrecht sowie zur Beschleunigung des Wohnungsbaus (z.B. beim kooperativen Baulandmodell, der Vergabe öffentlicher Flächen, der Mietpreisbremse und zu Abstandsflächen) erarbeiten (zu ④)
- Von öffentlichen Baumaßnahmen betroffene Unternehmen beraten und durch Interessenvertretung im Fond für Räumungsbetroffene finanziell unterstützen
- Durch Mitwirkung in den Gremien der Stadt sowie durch eigene Veröffentlichungen und Veranstaltungen die Interessen der Wirtschaft beim Tourismuskonzept sowie bei herausragenden Bauten und Standorten (Historische Mitte, ICC) vertreten
- Durch Aufbau eines „Amtlichen Verzeichnisses für präqualifizierte Unternehmen aus dem Liefer- und Dienstleistungsbereich“ die Beteiligung für Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungen erleichtern
- Gesamtinteresse der Berliner Wirtschaft bei der Erstellung des Stadtentwicklungsplans Verkehr vertreten
- Durch die Darstellung von Problembeispielen aus der Praxis auf Veranstaltungen, in Publikationen und durch Presse- und Gremienarbeit die Interessen der Wirtschaft für notwendige Werterhaltung von Verkehrsinfrastruktur (Brücken, Schlaglöcher) vertreten

Ziel: Berlin hat in allen Bezirken profilierte und wirtschaftsstarke Stadtquartiere, Gewerbe- und Industriestandorte mit ausreichenden nutzbaren Flächen und größeren Handlungsspielraum für mehr Innovation und wirtschaftliches Wachstum.

Investitionsentscheidungen werden in Industrieunternehmen häufig in einem klar festgelegten Zeitraum getroffen. Daher erwarten Investoren eine zügige Umsetzungsmöglichkeit ihrer Pläne und langfristige Planungssicherheit hinsichtlich der Standortentwicklung und Erreichbarkeit für den Personen- und Güterverkehr.

Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass die wichtigsten Industrie- und Gewerbeflächen profiliert und dazu konkrete Handlungsbedarfe identifiziert werden. Dabei sollen vor allem Standorte entwickelt werden, an denen Wirtschaft und Wissenschaft Synergien nutzen.

Um das Wachstum auch im Bereich der öffentlichen Infrastruktur zu meistern, müssen hier Kapazitäten effizienter genutzt und bei Bedarf erweitert werden. Für eine gute Erreichbarkeit der Industrie- und Gewerbeflächen müssen gemeinsam mit den Unternehmen und Standorten gesamtstädtische und mit Brandenburg abgestimmte Konzepte entwickelt werden.

Maßnahmen

- Ein neues Berliner Wirtschaftsverkehrskonzept gemeinsam mit dem Senat und Unternehmen aller Branchen erarbeiten (zu ③)
- Positionen erarbeiten, die aufzeigen welche Verkehrsprojekte für die Berliner Wirtschaft wichtig sind und deshalb prioritär umgesetzt werden müssen (zu ③)
- Neue Mobilitätskonzepte entwickeln und deren einheitliche Umsetzung durch die Bezirke begleiten (z.B. bei SharedSpaces, CarSharing, Fahrradfreundlichkeit, Reisebusse, Barrierefreiheit) (zu ③)
- Interessen der Unternehmen für Groß- und Schwerlasttransporte vertreten, um z.B. die Etablierung eines Routennetzes zu erreichen, in welches durch das Land bei anstehenden Instandhaltungen vorrangig investiert wird (zu ③)
- Übertragbare Beispiele für stadtentwicklungspolitische Maßnahmen zur Stärkung der Berliner Zentren initiieren (z.B. durch den PPP-Wettbewerb Mittendrn Berlin)
- Hinsichtlich der attraktiven Erreichbarkeit von Quartieren Unternehmensinteressen durch Veranstaltungen und Befragungen aufgreifen und gegenüber der Politik und Verwaltung durchsetzen
- Kataloge mit konkreten Maßnahmen für die einzelne Gewerbestandorte mit den ansässigen Unternehmen und der Verwaltung entwickeln und deren Umsetzung begleiten (zu ④)

Ziel: Die Berliner Bauleitplanung und Städtebauförderung ist transparent, ausgewogen und verlässlich, um Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen zu erhöhen und auch den Bestand zu sichern.

Vorgaben der Stadtplanung und Stadtentwicklung wirken sich oft direkt oder indirekt auf die Möglichkeiten von Unternehmen aus, sich an Standorten anzusiedeln oder zu verändern. Die IHK Berlin wird die Interessen der Berliner Wirtschaft in der Bauleitplanung als Träger öffentlicher Belange vertreten und für Transparenz in der Bauleitplanung sorgen. Das wird vor dem Hintergrund einer prosperierenden Stadt immer wichtiger, denn der prognostizierte Bedarf an neuem Wohnraum verschärft den Wettbewerb um Flächen in der Stadt. Daraus erwachsene Nutzungskonflikte können zu einer Verdrängung historisch gewachsener Gewerbe- und Industriestandorte führen.

Die IHK Berlin setzt sich für eine möglichst konfliktfreie Sicherung und Steuerung des Bestandsschutzes, der Entwicklungsmöglichkeiten und Neuansiedlungen von Unternehmen in ganz Berlin ein. Voraussetzung hierfür ist ein nachhaltiges und ausgewogenes Flächenmonitoring und -management. Um unternehmerische Investitionsentscheidungen in Berlin zu sichern, müssen positive Standortbedingungen (weiter-)entwickelt werden. Die IHK Berlin fordert daher ein verlässliches, transparentes und verkürztes Verwaltungshandeln, inklusive eines wirtschaftsfreundlichen Denkmalschutzes ein. Hierfür sollen geeignete Partizipationsprozesse die frühzeitige Einbeziehung der Wirtschaft in relevante Planungsprozesse und Förderentscheidungen ermöglichen. Die IHK Berlin tritt für die wirtschaftsfreundliche Verwendung von Städtebauförderung und die Förderung öffentlich-privater Kooperationen ein.

Maßnahmen

- Innovative Lösungen für Vermeidung von Nutzungskonflikten zwischen Unternehmen sowie Wohnnutzung finden und durch geeignete Maßnahmen in den Berliner Bezirken zur Anwendung bringen; in 2018 insbesondere Pilotprojekt in der Herzbergstraße durchführen (zu ④)
- Gesamtinteresse der Wirtschaft bei der Einführung des neuen Berliner Gewerbeflächenmonitorings sowie bei Initiativen zu Gewerbemieten vertreten (zu ④)
- Initiative zur Verkürzung von Bearbeitungszeiten von gewerblichen Bauanträgen und zum wirtschaftsfreundlichen Denkmalschutz starten (zu ④)

Ziel: Berlin ist Pilotstadt für angewendete und wirtschaftlich erfolgreiche Smart Solutions - mitgestaltet durch die Bürgerschaft.

Innovativ, nachhaltig, intelligent – diese Attribute stehen aus Sicht der Wirtschaft für die Smart City Berlin. Ein Berlin, das den Herausforderungen des Klimawandels und der demografischen Entwicklungen zukunftsfähige Lösungen entgegensetzt. Eine Schlüsselrolle spielt dabei der Einsatz digitaler Technologien. Berlin muss hier auf seine bestehenden Kompetenzen aufbauen, wobei die Berliner Wirtschaft durch ihre Innovationskraft die entscheidende Triebfeder des bereits angestoßenen Prozesses ist.

Die IHK Berlin wird sich dafür einsetzen, Berlin zu einer Pilotstadt für Smart Solutions zu entwickeln. Wichtig ist, dass Berliner Unternehmen die Chance bekommen, Smart-City-Lösungen innerhalb der Stadt umzusetzen. Innovative Lösungen für die Verkehrs-, Versorgungs- und die soziale Infrastruktur sollen hier die Marktreife erreichen.

Die IHK Berlin wird sich auch dafür engagieren, dass das Land Berlin mit seinen Beteiligungsgesellschaften die Anwendung von Smart Solutions bei öffentlichen Vergaben und Stadtentwicklungsprozessen nicht verweigert.

Maßnahmen

- Umsetzung und Konkretisierung der Smart-City-Strategie des Senats entlang der vom Netzwerk-Smart-City ausgewählten Projekte voranbringen (zu ②)
- Smart-City-Netzwerk aktiv begleiten und dabei die Beteiligung unternehmerischer Belange sicherstellen (zu ②)
- Die Integration smarter Zukunftstechnologien, z. B. Elektromobilität in das Berliner Verkehrssystem begleiten und gegenüber Politik und Verwaltung in der Metropolregion auf eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung hinwirken (zu ②)

III. Haushalt und Wettbewerb

Schwerpunkte der Vollversammlung

Eine

- ⑤ unternehmensfreundliche Steuerpolitik – insbesondere keine weitere Erhöhung der Gewerbesteuer – zur Vertiefung an den Ausschuss Steuerpolitik und zur Mitberatung an die Branchenausschüsse Kreativwirtschaft sowie Tourismus verwiesen –
- ⑥ sowie eine Regulierung mit Augenmaß – zur Vertiefung an den Ausschuss Wirtschaftspolitik und zur Mitberatung an den Ausschuss Stadtentwicklung und Infrastruktur sowie die Branchenausschüsse Handel und Tourismus verwiesen – waren hier entscheidende Themen. Bei Letzterem wünscht sich die Berliner Wirtschaft auch, dem Bürokratieabbau stärkere Bedeutung zuzumessen.



Ziel: Vereinfachung des Steuerrechts und Verhinderung von Steuererhöhungen entlastet die Unternehmen.

Eine kluge Steuer- und Abgabepolitik ist für die Finanzen des Staates essentiell. Sie sichert zu großen Teilen die Einnahmen des Staates und ermöglicht damit eine zukunftsgerichtete Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand.

Die IHK Berlin setzt sich für eine Steuer- und Abgabepolitik ein, die die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft berücksichtigt. Die Einführung neuer oder die Erhöhung vorhandener Steuern oder Abgaben sind an diesem Maßstab zu messen und auszurichten.

In Gesprächen mit Politik und Verwaltung stellt sich die IHK Berlin dabei nicht nur gegen unnötige Steuer- und Abgabentatbestände, sondern tritt auch für ein einfaches, rechtssicheres und wirtschaftsfreundliches Steuer- und Abgabenrecht ein. Dazu unterbreitet die IHK Berlin nicht nur Vereinfachungsvorschläge auf regionaler Ebene, sondern wirkt über den DIHK auch an bundespolitischen Steuergesetzen mit. Gerade die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner bzw. deutschen Wirtschaft bildet hierfür die Richtschnur des Handelns.

Maßnahmen

- Steuerpolitische Rahmensetzung verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen; in 2018 insbesondere zu den Themen: BEPS(-Umsetzungsgesetze), Initiativen gegen Steuervermeidung, Einheitliche Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB), umsatzsteuerliche Organschaft, Richtlinienvorschlag zu den „quick fixes“, Tax Compliance, Digitalisierung des Steuerrechts, Gerechtigkeitsdebatte (zu 5)
- Das Gesamtinteresse der Berliner Wirtschaft bei fiskalisch motivierten Entscheidungen der Landespolitik vertreten; in 2018 insbesondere zu den Themen: Gewerbesteuer, Grundsteuer, Grunderwerbsteuer, Einführung neuer Bagatellsteuern und Abgaben (zu 5)

Ziel: Die Unternehmerische Freiheit wächst wieder.

Die IHK Berlin steht für freien und fairen Wettbewerb. Der freie Wettbewerb ist das zentrale Gestaltungsmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft. Er fördert Innovationen und Produktivitätssteigerungen, setzt die richtigen Anreize und verbessert die Konsumentenversorgung. Wettbewerb ist Voraussetzung für die Selbstregulierungskräfte des Marktes.

Aufgabe des Staates ist es, den Wettbewerb durch eine funktionierende Wettbewerbsordnung zu gewährleisten. Rechtliche Einschränkungen sind nur dort erforderlich, wo die Selbstregulierung des Marktes nicht greift, der Markt versagt oder Gefahren für die Marktteilnehmer drohen. Damit die unternehmerische Freiheit wieder wächst, wird die IHK Berlin überflüssigen Markteingriffen (insbesondere bei übertriebenem Verbraucherschutz) entgegentreten und sich für wirtschaftsfreundliche Regulierungen und deren effektiven Vollzug einsetzen.

Aufgabe der Unternehmen ist es, den Wettbewerbsrahmen fair auszufüllen. Gesetzliche Einschränkungen sind überflüssig, wenn sich Unternehmen auch ohne sie anständig verhalten und die Spielregeln beachten. Die IHK Berlin unterstützt Unternehmen dabei, sich wettbewerbskonform zu verhalten und Konflikte mit Wettbewerbern fair zu lösen. Deshalb berät sie zu Rechts- und Steuerfragen, macht Angebote zur außergerichtlichen Streitbeilegung und stellt mit ihren öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen hochwertige Expertise zur Klärung von strittigen Sachfragen bereit. Gleichzeitig setzt sich die IHK Berlin für den Rechts- und Gerichtsstandort Deutschland ein.

Der Staat soll grundsätzlich selbst kein Marktteilnehmer sein und sich nicht am Wettbewerb beteiligen. Die IHK Berlin wendet sich deshalb gegen Verstaatlichungen. Gleichwohl ist der Staat in vielen Bereichen, beispielsweise in der Energiewirtschaft, in der Abfallwirtschaft oder im öffentlichen Personennahverkehr, in Konkurrenz zu privaten Unternehmen tätig. Die IHK Berlin setzt sich hier für mehr Wettbewerb und faire Spielregeln zwischen Staat und Privat ein.

Maßnahmen

- Rechtspolitische Rahmensetzung durch das Land Berlin verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen; in 2018 insbesondere zu den Themen: Gewerberecht, Zuständigkeiten bei neuen Aufgaben (z.B.

- aus dem Gewerberecht), Aufenthaltsrecht, Verbraucherrecht, Vergaberecht, Datenschutz (zu ⑥)
- Rechtspolitische Rahmensetzung durch die EU und den Bund verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen; in 2018 insbesondere zu den Themen: neue gewerberechtliche Regelungen, EU-Binnenmarktstrategie, allgemeine Regelungen im Handels- und Gesellschaftsrecht, Insolvenzrecht, Aufenthaltsrecht, Wettbewerbsrecht, Vertragsrecht (z.B. Geoblocking), Arbeitsrecht, Verbraucherrecht, Regelungen zum E-Commerce, Vergaberecht, Umsetzung der EU-Datenschutz-Grund-Verordnung, Gewerbeordnung und durch einen Dialog mit den statistischen Ämtern, um mithilfe digitaler Instrumente Belastungen zu verringern, die Unternehmen durch statistische Berichtspflichten entstehen (zu ⑥)

Ziel: Der positive Finanzierungssaldo im Berliner Haushalt steigt.

Ein gesunder öffentlicher Haushalt ist die Basis für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort Berlin. Er ermöglicht notwendige Investitionen in Infrastruktur und Bildung, versetzt das Land in die Lage, seine Aufgaben zu finanzieren und damit zu erfüllen und schafft wirtschafts- und finanzpolitische Handlungsspielräume.

Die Aufstellung eines ausgeglichenen Berliner Haushalts ist das finanzpolitische Minimalziel der IHK Berlin. Sie setzt sich darüber hinaus für eine Steigerung des positiven Finanzierungssaldos im Berliner Haushalt ein, da dadurch die finanzpolitischen Spielräume größer werden. Gerade in Zeiten finanzieller Handlungsspielräume ist es wichtig, mit zukunftsgerichteten Haushaltsentscheidungen die Voraussetzungen eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zu schaffen.

Daher tritt die IHK Berlin gegenüber der Berliner Politik auch für eine deutliche Erhöhung der Investitionsquote ein, die sich rasch dem bundesdeutschen Durchschnitt nähern sollte. Dafür überzeugt die IHK Berlin in Gesprächen mit Politik und Verwaltung mit finanzpolitischen Argumenten, zeigt Konsequenzen einer verfehlten Investitionspolitik auf und unterbreitet eigene Vorschläge zur Beschleunigung von Investitionsvorhaben.

Der hohe Schuldenstand Berlins belastet gegenwärtig und zukünftig den Landeshaushalt. Die IHK Berlin unterstützt den Berliner Senat in den Bestrebungen, den Schuldenstand des Landes zu reduzieren. Sie ist kritischer Mahner bei unzureichender Schuldentilgung und macht sich gegenüber dem Bund für eine angemessene Altschuldenregelung stark.

Maßnahmen

- Nachhaltige Investitionspolitik des Landes einfordern; in 2018 insbesondere durch die Positionierung der IHK zu den Wirkungen einer wachstumsorientierten Investitionspolitik
- Haushaltspolitik des Landes kritisch begleiten; in 2018 insbesondere durch die Kommunikation von Vorschlägen für eine zukunftsfähige Ausgaben- und Konsolidierungspolitik sowie die kritische Prüfung des Berliner Beteiligungsberichts und das Aufzeigen von Fehlentwicklungen bei den Landesbeteiligungen

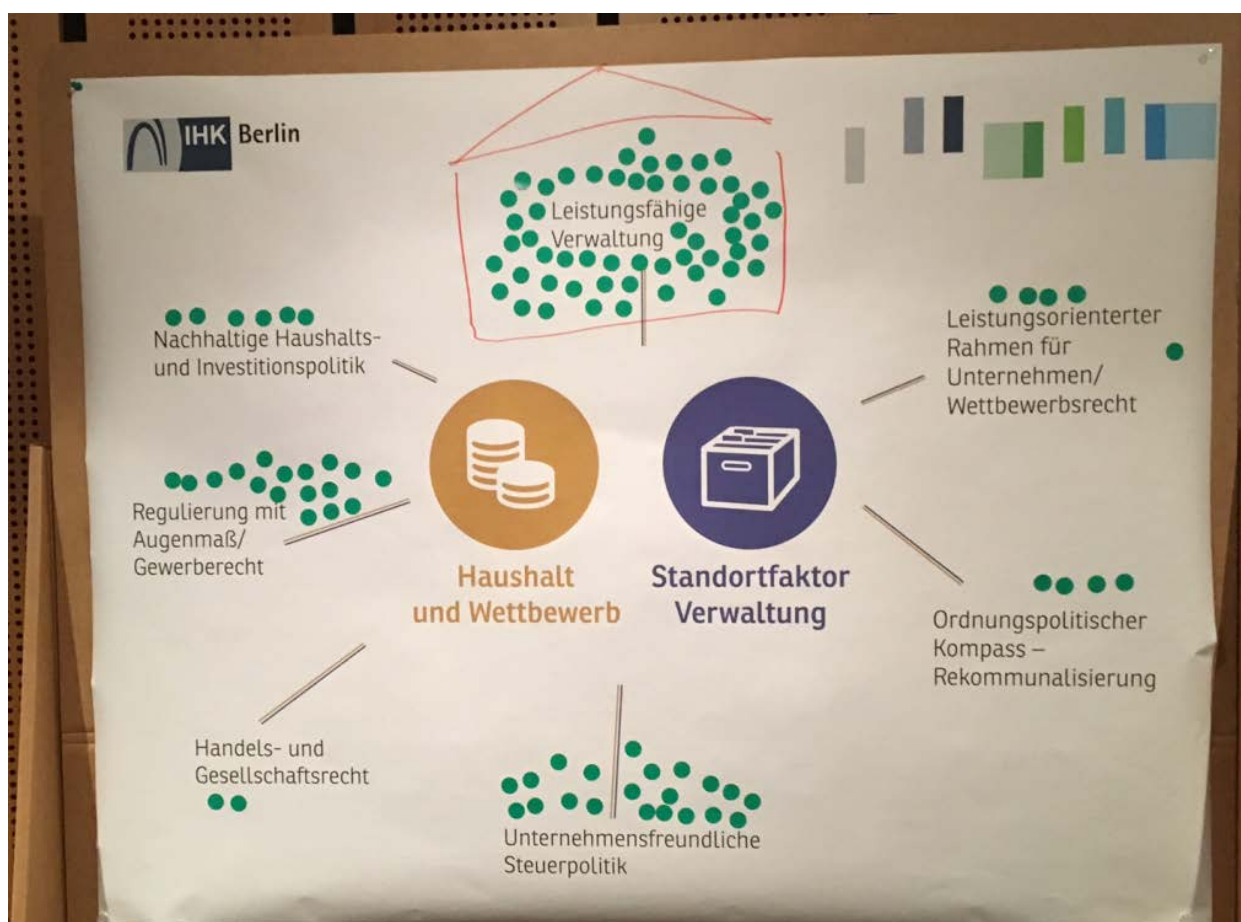
IV. Standortfaktor Verwaltung

Schwerpunkte der Vollversammlung

In diesem Aktionsfeld priorisiert die Vollversammlung eindeutig die

⑦ Leistungsfähigkeit der Berliner Verwaltung – zur Vertiefung an den Ausschuss Wirtschaftspolitik und zur Mitberatung an die Branchenausschüsse Digitale Wirtschaft, Kreativwirtschaft, Mobilität und Entsorgung, Handel sowie Industrie verwiesen.

Dabei stehen die drei zentralen Handlungsfelder Verwaltungsstruktur (Zusammenarbeit von Senat und Bezirken), Personalmanagement und technische Ausstattung bzw. E-Government im Vordergrund.



Ziel: Die Berliner Verwaltung entwickelt sich strukturell, personell und prozessual zu einem modernen und effizienten Servicedienstleister für die Stadt.

Wertschöpfung am Standort Berlin darf nicht an ineffektiven Strukturen in der Verwaltung scheitern. Wir wollen erreichen, dass allen Unternehmen – durch eine optimale Angebotsstruktur, einen leichten Zugang und transparente Verfahren – der kürzeste Weg zur Berliner Verwaltung offen steht. Wie also wird aus der Berliner Verwaltung ein echter Servicedienstleister für die Stadt?

- Dafür bedarf es einheitlichen Verwaltungshandelns und einer funktionierenden Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen.
- Dafür bedarf es auch eines nachhaltigen und zukunftsorientierten Personalmanagements in den Behörden, um für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein. Unternehmen benötigen Ansprechpartner in den Berliner Ämtern,

die sich nicht in erster Linie als Behördenvertreter, sondern vielmehr als fachlich qualifizierte Dienstleister verstehen. Nur mit einer grundsätzlichen Willkommenskultur, die durch die Verwaltung vorgelebt wird, kann Berlin als Standort attraktiv für Unternehmen und Bürger bleiben.

- Dafür bedarf es schließlich einer modernen Verwaltungsinfrastruktur. Die Nutzung moderner Kommunikations- und Informationstechnik unabhängig von Ort und Öffnungszeiten der Behörden stellt für die Berliner Wirtschaft einen erheblichen Mehrwert dar. So bietet etwa die Digitalisierung von Prozessen, um Behördengänge elektronisch abwickeln zu können, enorme Entlastungsmöglichkeiten für Unternehmen.

Die IHK Berlin setzt sich grundsätzlich dafür ein, dass Unternehmen effiziente Strukturen in der Berliner Verwaltung vorfinden. Dafür ermittelt sie Schwachstellen im Verwaltungsaufbau, erarbeitet und unterbreitet Lösungsvorschläge aus Sicht der Berliner Wirtschaft. Die IHK Berlin macht sich für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen stark.

Die Umsetzung des Berliner E-Government-Gesetzes muss konsequent erfolgen – genauso wie die flächendeckende Einführung bekannter und doch bislang verzögerter Projekte, wie z. B. der E-Akte oder Open Data.

Maßnahmen

- Vorschläge für strukturelle Verbesserungen in der praktizierten Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen herausarbeiten und adressieren (zu 7)
- Handlungsempfehlungen zur technischen Modernisierung der Berliner Verwaltung formulieren und adressieren sowie die Aufnahme in entsprechende Programmatik (z. B. Ergebnisse der Steuerungsgruppe Verwaltungsmodernisierung) vorantreiben (zu 7)
- Personalpolitik und -management des Senats mit innovativen Vorschlägen zu relevanten Themen, wie z. B. strategische Personalplanung und -steuerung, Servicequalität, Know-How-Transfer oder Gesundheitsmanagement begleiten (zu 7)

V. Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt

Schwerpunkte der Vollversammlung

Die Vollversammlung votierte klar dafür, den Fokus auf eine

⑧ bessere Berufsorientierung, eine bessere Schulqualität sowie bessere Übergänge von der allgemeinbildenden Schule in duale Ausbildung und Studium zu legen – zur Vertiefung an den Ausschuss Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt und zur Mitberatung an den Branchenausschuss Digitale Wirtschaft verwiesen –

und die

⑨ duale Ausbildung im Land Berlin zu stärken – zur Vertiefung an den Ausschuss Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt verwiesen.



Ziel: Berlin wird Deutschlands attraktivste Ausbildungsregion.

Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung. Der Weg ins Studium oder zu höheren schulischen Abschlüssen erscheint vielen Schülern am Ende ihrer regulären Schulzeit attraktiver. Bei Berliner Unternehmen hingegen ist die Nachfrage nach dual ausgebildeten Fachkräften ungebrochen. Vor allem in sogenannten Engpassberufen wachsen somit die Probleme bei der Stellenbesetzung. Es besteht die Gefahr, dass am Bedarf der Wirtschaft vorbei qualifiziert wird.

Die IHK Berlin setzt sich deshalb dafür ein, die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu steigern. Sie wirbt bei Betrieben und potenziellen Bewerbern für die berufliche Ausbildung und wirkt durch Marketingmaßnahmen und politische Interessenvertretung auf eine

positivere Wahrnehmung der Ausbildung in der Gesellschaft hin. Sie entwickelt und bewirbt Angebote, die die berufliche Ausbildung für Teilzielgruppen attraktiver machen. Sie unterstützt Betriebe bei deren eigenem Ausbildungsmarketing und verhilft Ihnen, z.B. durch die Auszeichnung besonderer Leistungen, zu mehr Aufmerksamkeit unter potenziellen Bewerbern.

Für die Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben setzt sie sich hohe Qualitätsstandards und trägt durch kompetente Betreuung der Ausbildungsverhältnisse sowie professionell durchgeführte Prüfungen zum positiven Image der Ausbildung bei. Dabei stehen die Stärkung und die Wertschätzung des Prüferehrenamtes im Fokus. Gleichzeitig macht sie sich für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Ausbildungsbetrieben und ihren dualen Partnern, den Berufsschulen, stark.

Maßnahmen

- Für eine gute Berufsbildungspolitik eintreten; im Jahr 2018 insbesondere die Ausbildungsplatzabgabe verhindern: In die Gremien des Landes Berlin (LAB, Soko etc.) die Interessen der Ausbildungsbetriebe einbringen, die Lage auf dem Berliner Ausbildungsmarkt evidenzbasiert interpretieren und fraktionsübergreifend als Experte im Gespräch bleiben (zu 9)
- „Übergangssystem“ reformieren: Anmeldezeitraum für vollzeitschulische Bildungsgänge erst nach Ausbildungsbeginn, vollzeitschulische Bildungsgänge reduzieren sowie unter Einbezug der Wirtschaft neu ausrichten (zu 9)
- Statistiken zur Ausbildung erstellen, auswerten, aufbereiten, interpretieren und kommunizieren (zu 9)
- Maßnahmen zur Imageverbesserung der dualen Ausbildung erarbeiten, Azubimarketing durchführen (zu 9)
- Matching zwischen Jugendlichen und Ausbildungsbetrieben fördern und unterstützen (zu 9)
- Qualität der Ausbildung sichern und heben (zu 9)
- Auszubildende zum Thema Ausbildung beraten und betreuen (zu 9)
- Unternehmen zum Thema Ausbildung beraten und betreuen (zu 9)
- Ausbildungsverträge prüfen und registrieren (zu 9)
- Aus- und Weiterbildungsprüfungen rechtskonform, qualitativ hochwertig und modern durchführen (zu 9)
- Digitales Serviceangebot für ausbildende Unternehmen ausweiten (zu 9)
- Angebot an Zusatzqualifikationen ausbauen und kommunizieren (zu 9)
- Image des Prüferehrenamtes durch mehr Wertschätzung verbessern (zu 9)
- Prüferehrenamt durch Qualifizierungsangebote stärken (zu 9)
- Für eine gute Schulpolitik in Berlin eintreten, damit die Qualität von Schule steigt, die Schulkenntnisse verbessert und die Berufsorientierung in Schule gestärkt wird (zu 8)
- Arbeit der Jugendberufsagentur fortlaufend begleiten und auf die Umsetzung der bildungspolitischen Zielsetzung – effektive Schnittstelle am Übergang von der Schule in den Beruf zu sein – im Austausch mit den beteiligten Partnern hinwirken (zu 8 und 9)
- Projekte und Aktionen zur Stärkung der Berufsorientierung durchführen (zu 8 und 9)
- Netzwerk Haus der kleinen Forscher ausbauen (zu 8)

Ziel: Den Berliner Unternehmen gelingt die Fachkräftesicherung.

Der Fachkräftemangel ist in vielen Betrieben bereits Realität: Ausbildungsplätze bleiben länger unbesetzt und spezialisierte Fachkräfte sind schwer zu finden. Für eine zukunftsfähige Personalpolitik ist daher der unternehmerische Weitblick unabdingbar, der sowohl die Personalentwicklung im eigenen Unternehmen als auch die Entwicklung des Fachkräftemarktes verfolgt. Unternehmen profitieren also davon, wenn sie ihren Fachkräftebedarf heute und in Zukunft verlässlich einschätzen können. Um für diesen Bedarf

Fachkräfte zu gewinnen und an sich zu binden, muss sich das Unternehmen als guter und mitarbeiterorientierter Arbeitgeber positionieren.

Dafür wird die IHK Berlin gezielt Informationen und Angebote bereitstellen, hierzu gehören insbesondere das Fachkräfteportal Berlin mit dem IHK-Fachkräftemonitor und dem IHK-Demografierechner. In Veranstaltungen und Publikationen werden Teilaspekte der Fachkräftesicherung insbesondere für den Mittelstand thematisiert und dargestellt. Gute Lösungen und Praxisbeispiele machen wir öffentlich und zeichnen diese aus. Gegenüber der Politik tritt die IHK Berlin für adäquate Rahmenbedingungen ein, die die Fachkräftesicherung der Berliner Wirtschaft ermöglichen und fördern.

Maßnahmen

- Fachkräftesituation Berlins im Jahr 2018 darstellen, interpretieren und veröffentlichen
- Berliner Unternehmen im Zuge der Digitalisierung der Arbeitswelt dabei unterstützen, die sich ergebenden Chancen zu nutzen und die Herausforderungen zu meistern; im Jahr 2018 insbesondere die gewonnene Expertise zur Beschäftigungswirkung der Digitalisierung in den politischen Prozess einzubringen
- Integration ausländischer Fachkräfte unterstützen
- Für Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Instrument der Fachkräftesicherung bei den Unternehmen werben, gute Beispiele auszeichnen sowie für geeignete Rahmenbedingungen gegenüber der Politik eintreten
- Zusammenarbeit mit bestehenden Frauennetzwerken intensivieren und Veranstaltungen anbieten, um den Austausch zu Entwicklungspotenzialen von weiblichen Führungskräfte zu ermöglichen und für mehr Frauen in Führungspositionen zu werben
- Netzwerke für den unternehmerischen Austausch zum strategischen Personalmanagement initiieren, Handlungsempfehlungen für Unternehmen formulieren, Gestaltungsvorschläge für Rahmenbedingungen ableiten und an die Politik adressieren
- Bildungsprojekte begleiten und evaluieren, um die Fachkräftesicherung, den Wissenstransfer sowie die Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Beschäftigung in Berlin zu verbessern
- Das Angebot an möglichen Teilqualifikationen weiter ausbauen und etablieren
- Alle Sach- und Fachkundeprüfungen und Unterrichtungen rechtssicher und kundengerecht anbieten, dabei durch Schaffung digitaler Angebote den Kundenservice verbessern
- Erlaubnisverfahren für Versicherungsvermittler schnell und unternehmerfreundlich durchführen
- Alle Registrierungsverfahren rechtssicher durchführen
- Prüfer durch entsprechende Schulungen in ihren sozialen, methodischen und fachlichen Kompetenzen ausreichend qualifizieren und weiterbilden

Ziel: Der Berliner Arbeitsmarkt ist der Top-Jobgenerator der Republik, es entstehen mehr Arbeitsplätze als im Bundesländervergleich.

Trotz einer im Bundesländervergleich nach wie vor hohen Arbeitslosenquote, profiliert sich der Berliner Arbeitsmarkt zunehmend als „Jobgenerator“. Die Hauptstadt sticht durch einen beachtlichen Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse hervor. Unbefriedigend bleibt die nach wie vor hohe Quote bei der Jugendarbeitslosigkeit. Diese Herausforderung gilt es durch gezielte Maßnahmen ebenso anzugehen wie die Integration von Personen mit Migrationshintergrund und Asylsuchender in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt.

Die IHK Berlin analysiert, interpretiert und veröffentlicht regelmäßig Auswertungen zur Arbeitsmarktsituation Berlins. Auf dieser Grundlage formuliert sie Handlungsempfehlungen, um den Aufbau regulärer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu stärken und Schwarzarbeit zurück zu drängen. Ein Einfließen dieser Vorschläge in entsprechende

Programme und Standpunkte des Senats, der Bundesagentur für Arbeit und anderer arbeitsmarktpolitischer Akteure ist der Anspruch der IHK Berlin.

Maßnahmen

- Arbeitsmarktsituation Berlins darstellen, interpretieren sowie arbeitsmarktpolitische Forderungen zur Stärkung der Berliner Wirtschaft ableiten; im Jahr 2018 insbesondere die Ausweitung der öffentlich geförderten Beschäftigung verhindern
- Gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit Handlungsempfehlungen zur wirtschaftsfreundlichen Ausgestaltung des Arbeitsmarktes formulieren, adressieren und für Aufnahme in die entsprechenden Programme (z. B. BerlinArbeit, Rahmen-Arbeitsmarktprogramm) sorgen
- Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Beschäftigung aus Unternehmensperspektive verbessern; dafür Hindernisse in Struktur und Ablauf des Asylverfahrens identifizieren, Verbesserungsvorschläge formulieren und gegenüber den Beteiligten adressieren sowie auf gemeinsame Umsetzung drängen

Ziel: Berliner Unternehmen und Fachkräfte nutzen die berufliche Weiterbildung verstärkt als strategisches Entwicklungsinstrument.

Berufliche Erstausbildung ist für Berliner Unternehmen nach wie vor der Königsweg zur Fachkräftesicherung. Vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten bei der Besetzung angebotener Ausbildungsplätze gilt es jetzt, gute Rahmenbedingungen für berufliche Weiterbildung zu setzen und gleichzeitig ein Weiterbildungsbewusstsein und eine echte Weiterbildungskultur zu etablieren. Das kann nur gelingen, wenn den festgestellten Weiterbildungsbedarfen der Unternehmen passgenaue und qualitativ hochwertige Angebote gegenüberstehen.

Die IHK Berlin setzt sich für einen freien und vielfältigen Weiterbildungsmarkt ein. Sie berät Unternehmen und Fachkräfte kompetent und neutral zu den Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung. Im Bereich der klassischen Aufstiegsfortbildung führt sie hoheitliche Prüfungen durch, die Unternehmen und Fachkräften einen standardisierten und bundesweit anerkannten Rahmen für Kompetenzentwicklung bietet. Unter Einbindung des Ehrenamtes stellt sie qualitativ einwandfreie und rechtskonforme Prüfungen auf hohem Niveau sicher und trägt damit direkt zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Berliner Wirtschaft bei.

Darüber hinaus beobachtet und analysiert sie den Markt, greift Markttrends auf und bietet eigene Weiterbildungsangebote an, die Lücken schließen und dabei konsequent am Bedarf der Berliner Unternehmen ausgerichtet sind. Dabei achtet die IHK Berlin darauf, nicht in Wettbewerb zu den eigenen Mitgliedsbetrieben zu treten.

Maßnahmen

- Rechtskonforme, qualitativ hochwertige und serviceorientierte Durchführung der Weiterbildungsprüfungen sichern, Mitarbeiter und aktive Prüfer regelmäßig qualifizieren
- Qualifizierungsberatung für Unternehmen etablieren
- Lehrgänge und Seminare bedarfsgerecht weiter- und neuentwickeln, dabei ausgewählte Lehrgangsangebote als Blended Learning Format pilotieren
- Förderung bester Ausbildungsabsolventen unterstützen

VI. Innovation, Technologie und Wissenschaft

Schwerpunkte der Vollversammlung

Die Gremienmitglieder priorisieren bei Ihrem Votum deutlich die Gestaltung des überragenden Megatrends:

⑩ die Digitalisierung in Arbeitswelt und Produktion zu stärken – zur Vertiefung an den Ausschuss Innovation und Technologie verwiesen und zur Mitberatung an den Ausschuss Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt sowie die Branchenausschüsse Gesundheitswirtschaft, Mobilität und Entsorgung, Handel, Tourismus sowie Industrie verwiesen.

Hier muss die Gesamtinteressenvertretung darauf hinwirken, dass die Berliner Wirtschaft die sich ergebenden Chancen nutzen und die Herausforderungen meistern kann.

Außerdem ist dem Ehrenamt das Eintreten für die

⑪ Stärkung des Hightech-Standorts Berlin – zur Vertiefung an den Ausschuss Innovation und Technologie und zur Mitberatung an die Branchenausschüsse Gesundheitswirtschaft, Digitale Wirtschaft Kreativwirtschaft, Handel und Tourismus verwiesen – sowie

⑫ die Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft (WTT) wichtig - zur Vertiefung an den Ausschuss Innovation und Technologie und zur Mitberatung an die Branchenausschüsse Digitale Wirtschaft, Kreativwirtschaft und Industrie verwiesen.



Ziel: Berlin wird zur Modellstadt, was die Umsetzung innovativer Ideen in marktreife Produkte und Verfahren anbelangt.

Die Innovationsstärke der Berliner Unternehmen setzt internationale Maßstäbe, schützt vor krisenbedingten Konjunkturschwankungen und schafft Wettbewerbsvorteile. Die IHK Berlin unterstützt innovative Unternehmen mit Informations- und Vernetzungsangeboten, damit

diese Stärke weiter ausgebaut und die Position Berlins im Wettbewerb der Innovationsregionen behauptet wird.

Basis für diese Entwicklung ist ein ganzheitliches Innovationsmanagement, das in den Berliner Unternehmen fest verankert ist. Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass die Politik diesen Prozess in den Unternehmen noch stringenter flankiert: Etwa indem sich Innovationspolitik und –förderung konsequent auf die Stärken in der Berliner Wirtschaft und Wissenschaft konzentriert, um die Potentiale optimal zu nutzen. Ein wichtiger Aspekt ist zudem die Realisierung von Leuchtturmprojekten und Best Practices im Stadtgebiet, die Berlin als Referenzstandort für Innovationen und Zukunftstechnologien international sichtbar machen und den Unternehmen das Etablieren neuer Produkte und Services am Markt erleichtern.

Maßnahmen

- Digitalisierung der Berliner Wirtschaft fördern, Handlungsempfehlungen formulieren und kommunizieren; in 2018 insbesondere durch die Begleitung des Aufbaus der Digitalagentur und übergeordnet der Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie für Berlin (zu 10)
- Innovationsrelevante Themen und deren Rahmenbedingungen in Berlin begleiten sowie unter Einbeziehung von Politik und Wirtschaft weiterentwickeln (zu 11)
- Wissens- und Technologietransfer durch neue Ansätze und Formate fördern sowie Handlungsempfehlungen ableiten und kommunizieren (zu 12)
- „Innovative Hochschule“ zur Förderung von Kooperationsprojekten von Wissenschaft und Wirtschaft unterstützen (zu 12)
- Ansiedlung und Entwicklung von (High-)Tech-Unternehmen am Standort begleiten sowie Rahmenbedingungen dafür optimieren (zu 11)
- Netzwerke (Wirtschaft, Wissenschaft, Intermediäre) im Technologiesektor weiter ausbauen; Synergien mit anderen Intermediären nutzen und Potenziale bündeln (zu 11)
- Strategische Weiterentwicklung des digitalen Wandels an den Berliner Hochschulen (Lehre, Forschung, Organisation, Infrastruktur) unterstützen (zu 10)
- Entwicklung von Netzwerkangeboten (z. B. Experimentierräume, Prototypen, ...) für die praxisorientierte Anwendung von neuen Arbeitskonzepten unterstützen und den Transfer in KMU gestalten (zu 10)
- Sicherheitspartnerschaft mit Senatsverwaltung für Inneres und Sport und VSW zur gegenseitigen Unterrichtung über abstrakte/konkrete Sicherheitsrisiken für die Wirtschaft fortführen
- Handlungsempfehlungen für einen erfolgreichen Wissenschaftsstandort erarbeiten und kommunizieren

VII. Umwelt und Ressourcen

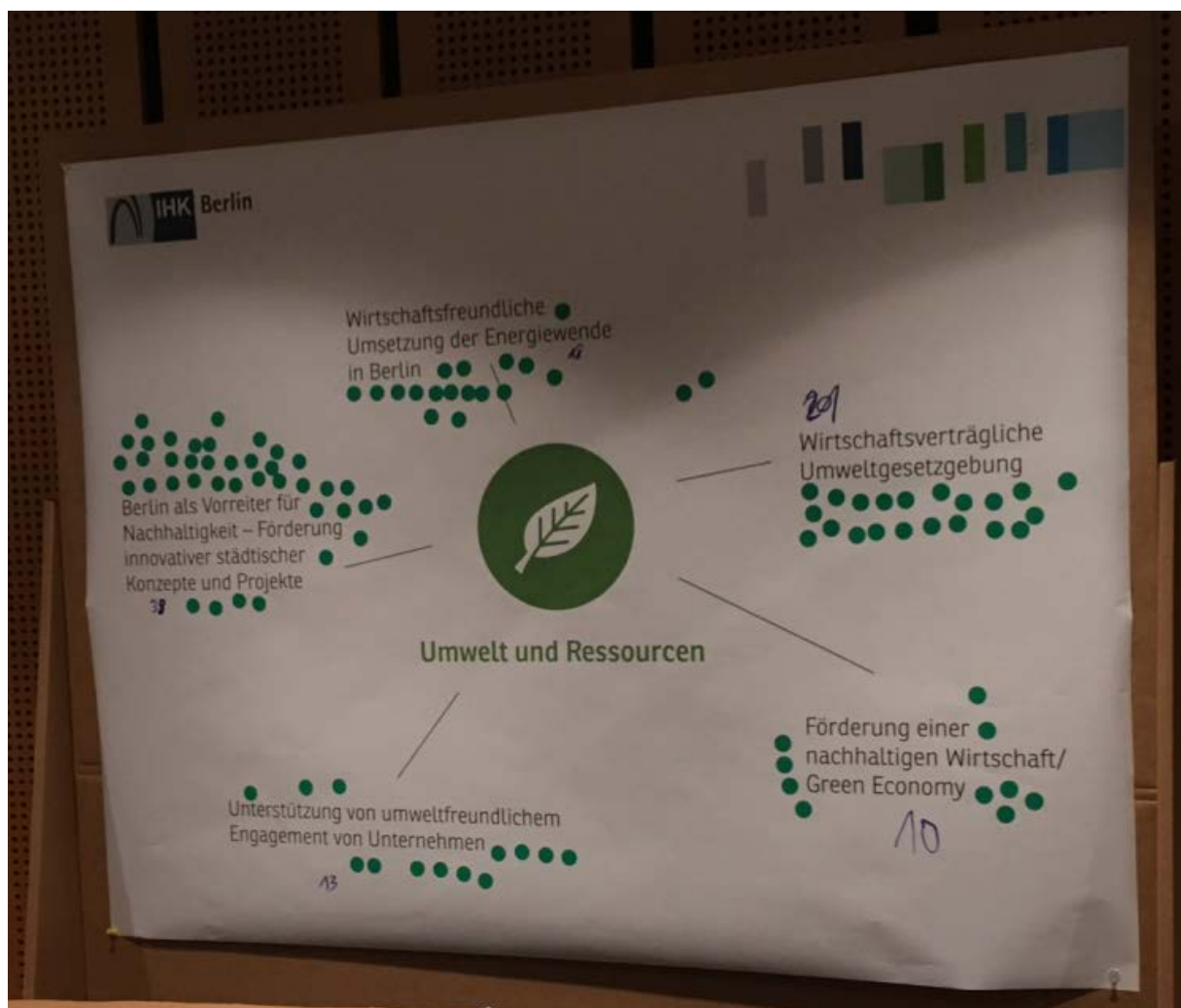
Schwerpunkte der Vollversammlung

Die Mitglieder der Vollversammlung setzen Schwerpunkte auf innovative Projekte für eine **13** Stadt Berlin als Vorreiter der Nachhaltigkeit – zur Vertiefung an den Ausschuss Umwelt und Energie und zur Mitberatung an die Branchenausschüsse Kreativwirtschaft sowie Bau- und Immobilienwirtschaft verwiesen.

Sie sehen hier einen guten Ansatz, um die Stadt ökologisch attraktiv sowie innovativ zu entwickeln. Dafür kann es hilfreich sein, mehr freiwilliges Engagement von Unternehmen öffentlich bekannt zu machen, zum Nachahmen anzuregen und aktiv zu fördern – auch, damit Win-Win Situationen für Umwelt und Unternehmen möglich werden.

Gleichzeitig gibt es einen klaren Auftrag,

14 umweltrechtliche Regelungen sowie deren konkrete Umsetzung im Blick zu behalten und durch Positionierungen gegenüber der Politik auf ein möglichst ausgewogenes Verhältnis zwischen Ökologie und Ökonomie zu lenken – zur Vertiefung an den Ausschuss Umwelt und Energie und zur Mitberatung an die Branchenausschüsse Mobilität und Entsorgung sowie Industrie verwiesen.



Ziel: Berlin ist Deutschlands Modellstadt für umweltfreundliches Wirtschaften und eine wirtschaftsfreundliche Umweltgesetzgebung

Anforderungen zum Schutz von Mensch und Umwelt werden zunehmend durch Europa vorgegeben – sie gehören zu den strengsten der Welt. Doch nachhaltiges Wirtschaften ist nicht nur Pflichterfüllung: Durch den umweltschonenden Umgang mit wertvollen Ressourcen können Unternehmen Kosten senken, bleiben innovativ und erhöhen ihre Wettbewerbsfähigkeit. Damit Umweltschutz aber zu einer Win-Win-Situation für Umwelt und Wirtschaft wird, muss die Umweltpolitik ein ausgewogenes Verhältnis zwischen ökonomischen Zielen und ökologischen Ansprüchen schaffen.

Indem sie die rechtliche Rahmensetzung auf EU-, Bundes- und Landesebene analysiert und Chancen und Herausforderungen benennt, ist die IHK Berlin der zentrale Impulsgeber für erfolgreichen und zugleich wirtschaftsfreundlichen Umweltschutz in der Hauptstadt. Sie setzt sich über konkrete Handlungsempfehlungen für die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen ein. Dabei macht sich die IHK für eine regional nachhaltige Infrastruktur sowie serviceorientierte Verfahren stark und achtet neben Bürokratieentlastung gleichfalls auf die Konsistenz von Vorgaben aus unterschiedlichen umweltgesetzlichen und übergreifenden Rechtsbereichen.

Die IHK Berlin wird sich daher für eine an den Zielen von Marktwirtschaft und Wettbewerb ausgerichtete Umweltpolitik in EU, Bund und in Berlin einsetzen. Sie fordert deshalb, dass

- die Preisgestaltung in den Bereichen Trink- und Abwasserversorgung sowie Kreislaufwirtschaft nicht zu Standortnachteilen führt;
- Wettbewerb und eine funktionierende Marktwirtschaft grundlegende Prinzipien im Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen bleiben;
- umweltrechtliche Vorgaben unbürokratisch und kosteneffizient umgesetzt werden;
- umweltpolitische Vorgaben für Berliner Unternehmen nicht zu Nachteilen im Standortvergleich führen.

Umweltspezifisches Wissen stellt die IHK Berlin durch zielgruppengerechte Informationsangebote wie z.B. Veranstaltungen, Gesprächskreise, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit für die Berliner Unternehmen sowie Politik und Verwaltung zur Verfügung. Sie unterstützt die Betriebe zudem bei der Umsetzung umweltgesetzlicher Anforderungen.

Maßnahmen

- Wettbewerbschancen für Unternehmen der Green Economy verbessern; in 2018 fortgeführte Evaluation der Standortbedingungen für die Green Economy in Berlin auf Basis von geeigneten Leistungsindikatoren sowie Formulierung daraus abgeleiteter Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Berliner Umweltwirtschaft (zu 13)
- Kompetenzaufbau und Know-how-Transfer fördern; in 2018 mit der Fortsetzung des IHK-Energie-Scout-Projekts, der Umsetzung der 500-Energieeffizienz-Netzwerke-Initiative mit der Bundesregierung sowie der Initiierung und Unterstützung von Kooperationsprojekten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft (TU-Praxisprojekt, Demand-Regio) (zu 13)
- Exzellenz und Innovation fördern; in 2018 durch beratende und unterstützende Aktivitäten von Projekten und Initiativen wie der Klimaschutz- und Energieeffizienzgruppe der deutschen Wirtschaft und des Schaufensterprojekts WindNODE sowie Durchführung des Wettbewerbs „KlimaSchutzPartner des Jahres 2018“ ein zukunftsfähiges Berliner Wassermanagement etablieren (Positionierung zum geplanten Berliner Regenwasserkonzept sowie weitere Pilotprojekte des Landes Berlin zum Umgang mit steigenden Grundwasserständen) unterstützen (zu 13)
- Naturschutz- und Klimaanpassungspolitik umsetzen, ohne wirtschaftliche Tätigkeiten in der wachsenden Stadt einzuschränken (Positionierung zum Ökokonto) (zu 14)

- Für eine effiziente und wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft eintreten, (insbesondere durch Begleitung der Umsetzung des neuen Verpackungsgesetzes) (zu 14)
- Rechtliche Umweltauflagen zielgruppengerecht aufbereiten, für Unternehmen transparent machen und einen Unternehmensaustausch fördern. Über neue abfall-, wasser- und immissionsschutzrechtliche Novellierungen informieren und in 2018 insbesondere die IHK-Umweltdatenbank Umfis weiterentwickeln (zu 14)
- Zusätzliche Belastungen von Unternehmen durch Immissionsschutzauflagen hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit prüfen und auf ein notwendiges Maß beschränken (Begleitung der Maßnahmen des Berliner Luft- bzw. Lärmaktionsplans, insbesondere der Einführung einer blauen Fahrzeugplakette) (zu 14)
- Ein zukunftsfähiges Berliner Wassermanagement etablieren (Positionierung zum geplanten Berliner Regenwasserkonzept sowie weitere Pilotprojekte des Landes Berlin zum Umgang mit steigenden Grundwasserständen) unterstützen (zu 14)
- Belastung von Unternehmen durch Auflagen aus dem Chemikalienrecht durch Positionierung zu rechtlichen Änderungen verringern (zu 14)
- Freiwillige Umweltleistungen von Unternehmen fördern und darstellen, beispielsweise durch eine kundenorientierte Führung des EMAS-Registers nach IHK-Qualitätsstandards (zu 14)

Ziel: Berlin wird Deutschlands Schrittmacher einer marktwirtschaftlichen Energiewende.

Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 zur klimaneutralen Stadt zu werden. Dieser Transformationsprozess, der sich in den Kontext der Energiewende in Deutschland einordnet, erfordert große Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei setzt sich die IHK Berlin dafür ein, dass energie- und klimapolitische Weichenstellungen die (Berliner) Wirtschaft nicht überlasten. Stattdessen gilt es, mit Hilfe marktwirtschaftlicher und technologieoffener Instrumente, verlässlicher Regularien und langfristig planbarer Investitionshorizonte die Potenziale der Wirtschaft so einzusetzen, dass die Energiewende und die Zielsetzung eines klimaneutralen Berlins zum Erfolg werden.

Die IHK Berlin wird sich für eine an den Zielen von Marktwirtschaft und Wettbewerb ausgerichtete Energiepolitik im Bund und in Berlin einsetzen. Sie fordert deshalb, dass

- Versorgungssicherheit, die Gewährleistung bezahlbarer Strompreise und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft neben dem Ausbau erneuerbarer Energien gleichberechtigte Ziele der Energiewende sind;
- das künftige Design von Energie- und Strommarkt sicher, kosteneffizient und unter Beibehaltung von Wettbewerb ausgestaltet wird;
- bei der Umsetzung der Energiewende in Berlin effiziente Management- und Organisationsstrukturen zum Tragen kommen.

Um diesen Prozess zu begleiten, wird die IHK Berlin die Berliner Unternehmen dabei unterstützen, eigene Energieeffizienzpotenziale zu identifizieren, rechtzeitig auf regulatorische Veränderungen reagieren zu können und intelligente Energietechnologien auf den Markt zu bringen. Sie wird sich aktiv für überbetriebliche Energieeffizienz-Netzwerke in Berlin einsetzen, Angebote für den Aufbau von innerbetrieblichem Energie-Knowhow machen und Best-Practices in der Stadt aktiv kommunizieren.

Maßnahmen

- Energiespezifisches Wissen durch zielgruppengerechte Informationsangebote, Veranstaltungen und Gesprächskreise für Unternehmen zur Verfügung stellen und Unternehmensaustausch fördern
- Effektive Weiterentwicklung der Berliner Energie- und Klimaschutzstrategie und der Maßnahmenplanung im Sinne der Wirtschaft begleiten, mit Fokus auf Wettbewerb um

die besten und kosteneffizientesten Technologien und Dienstleistungen für ein sicheres und CO₂-armes Energiesystem; in 2018 insbesondere durch konkrete Maßnahmenvorschläge für eine effiziente Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK) (zu 13)

- Energie- und klimapolitische Rahmensetzung verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen, um den Wettbewerb um die besten und kosteneffizientesten Technologien und Dienstleistungen für ein sicheres und CO₂-armes Energiesystem zu befördern; in 2018 in Abhängigkeit von der energie- und klimapolitischen Schwerpunktsetzung der neuen Bundesregierung

VIII. Internationalisierung der Berliner Wirtschaft

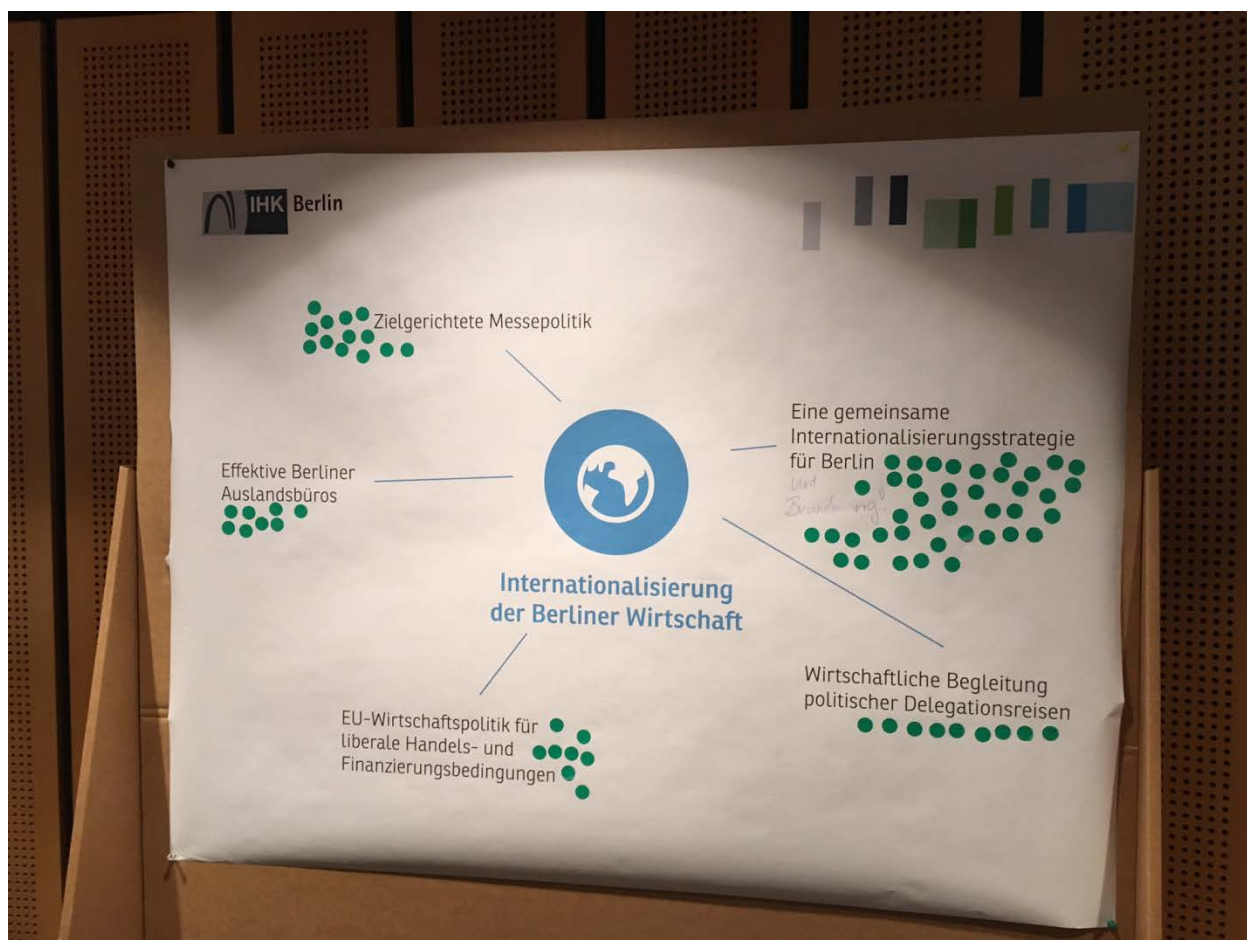
Schwerpunkte der Vollversammlung

In erster Linie ist heben die Vollversammlungsmitglieder, eine

15 gemeinsame Internationalisierungsstrategie Berlins (und Brandenburgs) zu gründen – zur Vertiefung an den Ausschuss Internationalisierung und zur Mitberatung an die Branchenausschüsse Gesundheitswirtschaft und Kreativwirtschaft verwiesen – hervor. Um die Internationalisierungsstrategie als lebendiges Konstrukt zu sichern, bedarf es regelmäßiger Revision und Neuausrichtung.

Von den einzelnen Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung war der Vollversammlung insbesondere die

16 zielgerichtete Messepolitik wichtig – zur Vertiefung an den Ausschuss Internationalisierung und zur Mitberatung an die Branchenausschüsse Digitale Wirtschaft, Kreativwirtschaft und Tourismus verwiesen.



Ziel: Die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft nimmt jährlich zu.

Der Außenhandel ist eine wichtige Säule der Berliner Wirtschaft. Hier leistet mittlerweile fast jeder dritte Arbeitsplatz einen Beitrag zur Außenwirtschaft. Berliner Unternehmen verkaufen jährlich Waren im Wert von über 10 Milliarden Euro ins Ausland. Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft durch zielgerichtete Maßnahmen jährlich gesteigert wird.

Die strategischen Leitlinien für die Außenwirtschaft Berlins werden im Dialog mit den Wirtschaftsförderern der Stadt festgelegt und umgesetzt. Die verstärkte Zusammenarbeit auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sowie in internationalen Netzwerken zielt darauf, dass die

Rahmenbedingungen für Berliner Unternehmen im Auslandsgeschäft verbessert werden und ihnen auch der Zugang zu internationalen Entscheidungsträgern und Informationen erleichtert wird.

Berliner Unternehmen erhalten zudem ein Angebot an politisch begleiteten und branchenspezifischen Delegationsreisen in ihre internationalen Schwerpunktmärkte. Parallel werden sie bei der Kooperationspartnersuche durch bestehende, aber auch neue Veranstaltungsformate unterstützt. Delegationen aus dem Ausland sind ein weiterer wichtiger Bestandteil bei der Geschäftspartnersuche und der Erschließung neuer Märkte. Die Berliner Unternehmen werden durch ein „Servicepackage International“ durch zielgerichtete Marketingaktivitäten auf das Serviceangebot der IHK Berlin aufmerksam gemacht und finden auf einfache Weise die für sie relevanten Angebote.

Für eine effiziente Abwicklung der Exportgeschäfte bietet die IHK Berlin bedarfsgerechte Zoll-Workshops und Informationsveranstaltungen zu den aktuellen Zoll- und Außenwirtschaftsfragen an. Bei der Ausstellung der Außenwirtschaftsdokumente werden die Unternehmen durch die Bereitstellung der neuesten rechtlichen Rahmenbedingungen zeitnah unterstützt.

Maßnahmen

- Mit den Wirtschaftsförderern der Stadt, insbesondere der Senatsverwaltungen, Berlin Partner und der IBB, die operativen Leitlinien für die Außenwirtschaft Berlins festlegen und umsetzen (zu 15)
- Länderpolitische Beratung und Messepolitik auf die strategischen Zielmärkte und auf Berliner Branchen und Cluster ausrichten (zu 16)
- Auf bessere Außenwirtschaftsrahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene hinwirken (z.B. gemeinsame Berliner Außenwirtschaftsstrategie, Außenwirtschaftsförderprogramm, Unionszollkodex) (zu 15)
- In internationalen Netzwerken den Erfahrungs- und Informationsaustausch zu Best Practices internationaler Entwicklungen intensivieren und für die politische Positionierung und Umsetzung in Berlin nutzbar zu machen
- Kooperation mit den Bundesministerien, z.B. dem Auswärtigem Amt ,dem BMWi und den Botschaften intensivieren, um Berliner Unternehmen einen Zugang zu internationalen Entscheidungsträgern und Informationen zu erschließen
- Zoll- und Außenhandelsdokumente ausfertigen
- Bedarfsgerecht zu Zollfragen und zum Außenwirtschaftsrecht beraten

Stichwortverzeichnis:

Abgaben 9, 10
Arbeitsmarkt 13, 15, 16
Arbeitsrecht 11
Aufenthaltsrecht 11
Ausbildung 14, 15, 16, 17
Außenhandel 24, 25
Außenwirtschaft 24, 25
Barrierefreiheit 7
Bauleitplanung 7
Baunebenrecht 6
BEPS 10
Berliner Haushalt 11
Berufsbildungspolitik 15
Berufsorientierung 3, 14, 15
Berufsschule 15
Bezirksverwaltung 12, 13
Branchen 1, 2, 5, 7, 9, 12, 14, 18, 20, 24, 23
CarSharing 7
Chemikalienrecht 22
City Tax 2
Cluster 1, 25
Clusterpolitik 2
Datenschutz 11
Delegationsreisen 25
Demografierechner 16
Denkmalschutz 7
Digitalisierung 2, 3, 10, 13, 16, 18, 19
E-Government 12, 13
Ehrbare Kaufleute 1, 2
Elektromobilität 8
Energiewende 22
Fachkräfte 2, 6, 17, 18, 20
Fachkräfteportal 18
Fachkräftesicherung 17, 18, 19
Finanzierung 6
Förderung 6, 9, 19, 20, 21, 26
Gewerbeflächen 7, 8, 9
Gewerbemieten 9
Gewerbesteuer 11, 12
Green Economy 23
Grundsteuer 12
Gründung 5, 6
Hightech 20, 21
Hochschule 21
Immissionsschutz 24
Industrie 1, 6, 19
Infrastruktur 7, 8, 10, 11, 13, 15, 21, 23
Innovation 10, 20, 21, 23
Investitionspolitik 21
Investitionsquote 13
Jugendberufsagentur 17
Klimaschutz 23, 24
Kreislaufwirtschaft 23, 24
Landesbeteiligungen 13
Matching 17
Naturschutz 23
Nutzungskonflikte 9
Personalmanagement 14, 18
Quartiere 8, 9
Sachverständigen 5, 12
Schwerlasttransporte 9
SharedSpaces 9
Sicherheitsrisiken 21
Smart City 3, 10
Smart Solutions 10
Soziale Marktwirtschaft 12, 23, 24
Sport 4
Städtebauförderung 9
Stadtentwicklung 7, 8, 9, 10
Standortbedingungen 3, 5, 9, 23
Start-up 5, 6
Steuern 11, 12
„Berlin 2030“ 3, 4
Tax Compliance 12
Technologie 10, 20, 21, 24, 25
Tourismus 3, 4, 7, 8, 11, 20, 26
Trink- und Abwasserversorgung 23
Verbraucherrecht 13
Vergaberecht 13
Verkehrsinfrastruktur 7, 8
Versorgungssicherheit 24
Verwaltung 3, 5, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 19, 21, 23, 27
Wasser 8, 23, 24
Weiterbildung 17, 19
Wettbewerb 4, 5, 9, 11, 12, 13, 19, 20, 21, 23, 24, 25
Willkommenskultur 6, 15
Wissens- und Technologietransfer 21
Wissenstransfer 18
Wohnungsbau 7, 8

